

Sagen, was Sache ist.



Wir sind Europa!

Nr. 185

erscheint monatlich

1. März 2009

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Wer [grundsätzlich] gegen Politik ist. ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird.”
Bertolt Brecht (1898 - 1956)

Landesparteitag 15. 2. 2009 in Singen (Hohentwiel)



Abb. Frank Steinmeier und
Hilde Mattheis

Foto Martin Kaspar

Die Delegierten aus ganz Baden-Württemberg haben dich auf Platz 5 der Landesliste für die Bundestagswahl 2009 gewählt. Das bedeutet: Du bist mehr denn je im Lande anerkannt. Zum zweiten heißt Platz 5 auch, dass du auf den Stimmzetteln der SPD von ganz Baden-Württemberg namentlich aufgeführt sein wirst.

Dazu gratulieren wir dir herzlich! Deine unermüdlige Arbeit im Wahlkreis und darüber hinaus, dein ungeheures Engagement, das gelegentlich gewiss auch Ecken und Kanten zeigt, trägt Früchte.

Herzlichen Glückwunsch, liebe Hilde!

Wenn man die anderen SPD-Bewerber/-innen in Singen ebenfalls erlebt hat, bekommt man die Gewissheit, dass sich mit dir zusammen weitere alltags-, berufs-, familien- und lebenserfahrene, sachkundige, ungeheuer vielseitig engagierte Frauen und Männer auf der SPD-Kandidatenliste versammeln. Du bist in guter Gesellschaft!

Es wäre daher um alle jene schade, die ihre Persönlichkeit nicht in den Bundestag einbringen dürften.

Wir wünschen dir und allen Frauen und Männern, die für die SPD antreten, den verdienten Stimmenerfolg.

Ludwig Dorner ■

Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte | 's Rote Füchsle hat eine Anregung an den SPD-Landesvorstand in Stuttgart
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 6 Straßennamen im Rosengarten
- 7 Ehingen in dunkler Zeit 1933-45
- 10 Damals im März
- 11 Ich sehe es ganz anders
- 12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 13 Zu (A)bgestimmt
- 14 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 15 Wahlordnung (Vorschlag)
- 16 (R)umgefragt
- 21 (L)eserpost / Schmunzelecke
- 22 Und erinnere dich immer an mich
- 23 Blick über den Zaun
- 24 Termine, Hinweise u. a.

Adress-
Aufkleber



Liebe Leserinnen und Leser!

Unsere mehrjährige Serie über die Straßennamen im Neubaugebiet Rosengarten, illustriert mit Collagen aus Zeitungsmeldungen, geht mit dieser Ausgabe zu Ende.

Diesmal porträtieren wir noch Christoph Probst, der zusammen mit den Geschwistern Scholl Mitglied der Weißen Rose war, Doch eine Straße seines Namens ist bisher nicht vorgesehen. Vielleicht wird es sie im Zusammenhang mit einer Erweiterung des Baugebiets ja doch noch einmal geben. Denn verdient hätte er diese Ehre ebenso wie alle Anderen.

Bei dieser Gelegenheit muss man nochmals ausdrücklich danken:

- Stadtverwaltung und

Gemeinderat Ehingen für die Entscheidung, Straßen nach Widerstandskämpfern aus der Nazizeit zu benennen.

- Der Ehinger Schwäbischen Zeitung und der Südwestpresse, dass sie mutig versuchten — mit gutem Erfolg — die dunkle Zeit Ehingens ein Stück weit aufzuhellen. Unsere Collagen aus Pressemeldungen belegen dies — und sie wären nicht möglich gewesen ohne die beiden Ehinger Zeitungen.

Man muss dazu wissen, dass die damaligen Redakteure durchaus auch dafür angefeindet und einige Abonnements sogar gekündigt wurden.

Es bleibt nunmehr die Hoffnung, dass die Thematik auch in Ehingen eines

Tages gründlich und (populär-)wissenschaftlich aufgearbeitet wird.

Wenn Stadt und Gemeinderat einmal offiziell dahinter stehen wollten, bekämen sie von der Ehinger Presse auch gewiss wieder gute journalistische Unterstützung, und aus manchem Privatarchiv und -gedächtnis würden Erinnerungen hervorgeholt und allgemein zugänglich gemacht.

Vielleicht würde dann die Museumsgesellschaft sogar ein entsprechendes Buch herausgeben wollen, das sich würdig an ihre anderen Bände anreihen würde.

Auch 's Rote Füchse will an dem Thema dranbleiben!

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am			wird	Eintrittsjahr		Jahre
26.	3.	Klärle Dorner	60	1999	Dieter Volgnandt	10
21.	3.	Wolf-Rüd. Stummer	65	1979	Stefan Enderle	30
7.	3.	Gitta Hörger	65	1967	Gitta Hörger	33
				1971	Walter Kraus	38

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet Natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchse wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. **Gewählte Redaktionsmitglieder: Stefan Enderle, Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt.** Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchse, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de * Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen* Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



Landesparteitag am 14. 2. 2009 in Singen am Hohentwiel

's Rote Füchse hat eine Anregung an den SPD-Landesvorstand in Stuttgart

Liebe Ute Vogt, lieber Claus Schmiedel, liebe Mitglieder im Vorstand unserer Partei,

Wahlen werden von Wählerinnen und Wählern bestimmt. Diese richten ihre Entscheidung auch nach dem Bild, das die Parteien und ihre Repräsentanten in der Öffentlichkeit machen. Dieses wird auch bestimmt, wie man in den Parteien miteinander umgeht und wie es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. (Hessen lässt grüßen.)

Meine Frau Klärle Dorner war als Delegierte und in der Zählkommission eine ganzen langen Tag tätig. Sie war daher froh, dass ich frühmorgens bei Eis und Schnee und weitgehend ungebahnten Straßen den Fahrer für sie machte und wir uns daher gemeinsam nach Singen begaben.

Dort erhielt Klärle natürlich Zutritt in den Saal. Beim Empfang — ich war dem "Empfangschef" persönlich bekannt — gab es gemäß den Vorschriften keine Möglichkeit für mich, in den Saal zu kommen. Für unsereinen war nur ein "Gast"-Aufkleber fürs Hemd vorgesehen. Soweit OK.

Ja, ich sei aber doch auch als Redaktionsvertreter des Roten Füchsls anwesend. Da sagte die Genossin hinter der Theke, die daneben stand, 's Rote

Füchse erhalte sie wohl. Das aber rechtfertige leider nicht, hier und heute als Pressevertreter zugelassen zu sein.

Der Redaktion des Roten Seehas erging es ebenso.

Draußen am Katzentisch stellen wir uns dann gemeinsam die Frage, ob man euch, liebe "Chefinnen und Chefs" der Landes-SPD, vielleicht einmal darauf aufmerksam machen müsste:

Wäre es nicht ein Zeichen von Wertschätzung der Arbeit eurer ehrenamtlichen Redakteure, wenn man diesen ein Plätzchen an den Pressetischen reservieren und eine Einladung samt "Mini-"Presseausweis für den Tag zukommen ließe?

Es geht ja nicht um Personen

und schon gar nicht um Ehrenkäsigkeit. Es geht wohl auch nicht um ganze Heerscharen davon. Es geht aber darum, den eigenen Mitgliedern und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass es euch etwas wert ist, was von Ehrenamtlichen an der Basis geleistet wird. Mit ästiniert würden dabei alle jeweiligen Redaktionsmitglieder und — vor allem — auch die Leserschaft, die weit über Parteigrenzen hinausreicht und zu der ihr doch gewiss auch zählt ;-)))

Liebe Genossinnen und Genossen in der Landeshauptstadt, denkt doch bitte mal über die Anregung nach und behandelt eure eigenen SPD-Presseleute künftig nicht stiefmütterlicher als die sonstigen Medien.

Euer Ludwig Dorner

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-539 05, Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Anker; anker-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalgeschäftsstelle Poststraße 7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de - Fon 07351/5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87

Büroleiterin Bruni Ohrke; Bruni.Ohrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuung-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ul, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger.

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - (22 77 51 42),

Fax 0 30 - (22 77 67 13), hilde.mattheis@bundestag.de; Kerstin Krell, Markus Heckmann, Karl Piberhofer (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete Evelyne Gebhardt MdEP (Künzelsau); EGebhardt.MdEP@T-Online.de; www.evelyne-gebhardt.eu
Büroleiter Wim Buesink ■



SPD Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert
Die Auswahl besorgte Stefan Enderle

Unsere Konjunkturpakete – Wir stärken Deutschland in der Krise

Deutschland befindet sich – wie sehr viele andere Länder auch – aufgrund der internationalen Banken- und Finanzkrise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Der langjährige Aufschwung ist zu Ende.

Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,25 Prozent. Wenn wir nicht gegensteuern, könnten weit mehr als 500 000 Arbeitsplätze in Gefahr sein.

Nach dem Schutzschirm für den Finanzmarkt, der ganz wichtig für die konjunkturelle Erholung ist, haben wir im November das erste ausdrückliche Konjunkturpaket in Höhe von rund 30 Mrd. Euro beschlossen.

Das zweite Konjunkturpaket, das am 12. Januar 2009 im Koalitionsausschuss beschlossen worden ist und Mitte Februar im Bundestag verabschiedet wurde, hat einen Umfang von rund 50 Mrd. Euro.

Unsere konjunkturellen Maßnahmen fußen auf 7 Säulen: Impulse für mehr

Investitionen, Entlastungen der Bürgerinnen und Bürgern von Steuern und Abgaben, Sicherheitsnetz für die Beschäftigten, Stärkung der Automobilindustrie, Modernisierung des Landes, bessere Bedingungen für Unternehmen und Fortführung unserer nachhaltigen Haushaltspolitik.

1. Säule: Impulse für mehr Investitionen

a) Kernpunkt unserer konjunkturellen Maßnahmen ist ein staatliches Investitionsprogramm von insgesamt rund 17,3 Mrd. Euro. (10 Mrd. Euro Bundesanteil + 3,3 Mrd. Euro Länderanteil = kommunales Investitionspaket + weitere 4 Mrd. Euro des Bundes).

Aus dem gemeinsamen Topf von Bund und Ländern in Höhe von 13,3 Mrd. Euro werden zu zwei Drittel Investitionen in den Bildungsbereich (z. B. Kindergärten, Schulinfrastruktur, Hochschulen und Forschung) und zu einem Drittel in die Modernisierung der Infrastruktur (z. B. Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmsanierung) finanziert.

Von den 4 Mrd. Euro der

zusätzlichen Bundesmittel wird die Hälfte, also 2 Mrd. Euro, für Ausbau und Erneuerung von Bundesverkehrswegen (Straßen, Schienen, Wasserstraßen) bereitgestellt. Für sonstige Baumaßnahmen stehen 750 Mio. Euro zur Verfügung. Diese dienen zur Grundsanierung und energetischen Sanierung von Gebäuden. Dieses Programm wird zentral für die Bundesregierung vom BMVBS verwaltet. Weitere 500 Mio. Euro stehen für die IuK-Technik der Ressorts zur Verfügung.

b) Bereits in unserem ersten Konjunkturpaket haben wir die Mittel für Infrastruktur und Wirtschaftsstrukturprogramme kräftig aufgestockt. Für wichtige Infrastrukturvorhaben strukturschwacher Kommunen hat die KfW seither 3 Mrd. Euro mehr zur Verfügung. Hinzu kommen zusätzlich 200 Mio. Euro Finanzmittel zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

c) Ebenfalls im November 2008 haben wir bereits ein „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ beschlossen, um dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigt umsetzen zu können. 2 Mrd. Euro stehen hier



für die Jahre 2009 und 2010 zur Verfügung.

d) Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anzustoßen, haben wir im 1. Konjunkturpaket die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt.

Insgesamt summieren sich die Investitionsprogramme auf rund 25 Mrd. Euro für die kommenden zwei Jahre.

2. Säule: Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Steuern und Abgaben

Wir entlasten massiv die Bürgerinnen und Bürger - Steuerzahler, Beitragszahler, Rentner, Familien und Arbeitslose. Ein Großteil dieser Entlastungen ist nachhaltig, d. h. auf Dauer angelegt. Das betrifft vor allem die Steuer- und Beitragssatzsenkungen.

a) Wir senken den Einkommenssteuersatz bei der Einkommensteuer auf 14 % und erhöhen den Grundfreibetrag auf 8 004 Euro. Die Menschen werden durch diese Maßnahmen in diesem Jahr um rund 3 Mrd. Euro und 2010 um rund 6 Mrd. Euro entlastet.

b) Zum 1. Januar 2010 werden wir den Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung deutlich verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger

werden dadurch um rd. 7,8 Mrd. Euro entlastet.

c) Über die Familienkassen wird an alle Kindergeldbezieher ein Kinderbonus von einmalig 100 Euro je Kind ausbezahlt werden. Damit stehen Familien mit Kindern 1,8 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung.

d) Für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren wird der Kinderregelsatz bei Hartz IV und Sozialhilfeempfängern erhöht. Er beträgt dann zum 1. Juli 2009 nicht mehr 60 %, sondern 70 % des Eckregelsatzes. Von dieser Erhöhung um 35 Euro monatlich profitieren rund 820 000 Kinder. Die Kosten für diese Maßnahme betragen in den kommenden beiden Jahren rund 520 Mio. Euro.

e) Zum 1. Juli senken wir den paritätisch finanzierten Krankenkassenbeitrag um 0,6 Prozentpunkte. Damit werden die Beitragszahler, also auch die Rentner und die Arbeitgeber um 6 Mrd. Euro ab kommendem Jahr entlastet (rund 3 Mrd. Euro in 2009).

f) Bereits seit dem 1. Januar 2009 gilt ein geringerer Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung von 2,8 Prozent. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden so um rund 4 Mrd. Euro entlastet.

g) Ebenfalls seit dem 1. Januar erhalten Familien monatlich 10 Euro mehr Kindergeld. Auch der Kinderfreibetrag ist deutlich um 200 Euro auf nun 6 024

Euro angehoben worden. Rund 2 Mrd. Euro stehen nun mehr für Familien zur Verfügung.

h) Durchgesetzt haben wir in der Koalition, dass auch Kinder von Arbeitslosen mehr Geld zur Verfügung haben sollen. Jeweils zum Schuljahresbeginn erhalten hilfsbedürftige Kinder einen Betrag von 100 Euro bis zum Abschluss der 10. Klasse. Die Kosten betragen in den kommenden beiden Jahren 240 Mio. Euro.

i) Zum 1. Januar 2009 haben wir das Wohngeld von durchschnittlich 92 Euro monatlich auf 142 Euro und außerdem rückwirkend zum 1. Oktober 2008 eine Heizkostenpauschale eingeführt. Diese Maßnahmen kosten rund 520 Mio. Euro.

Mit allen Maßnahmen zusammen entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger um rund 30 Mrd. Euro. Eine durchschnittlich verdienende Familie (Alleinverdiener, 2 Kinder, 30 000 Euro) hat in diesem Jahr netto 679 Euro mehr in der Tasche, im Jahr 2010 614 Euro.

3. Säule: Sicherheitsnetz für Beschäftigte

a) Befristet auf ein Jahr haben wir die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängert.

b) Den Arbeitgebern werden in den kommenden beiden Jahren bei Kurzarbeit die von ihnen allein zu tragenden Sozialversicherungs-



Ehingen

Alb-Donau-Kreis
Baden-Württemberg

Straßennamen im Baugebiet Rosengarten (Folge 31)



Christoph-Probst-Straße

Eine Christoph-Probst-Straße ist derzeit nicht vorgesehen. Die letzte Folge unserer 31-teiligen Serie versucht mit diesem Beitrag aufzuzeigen, dass im Falle einer Erweiterung des Baugebiets Rosengarten noch weitere Widerstandskämpfernamen zu finden wären.



Probst war der Sohn einer relativ wohlhabenden Familie. Durch seinen Vater Hermann Probst lernte er kulturelle und religiöse Freiheit kennen und schätzen. Hermann Probst war Privatgelehrter und Sanskritforscher, pflegte Kontakte mit Künstlern, die im Nationalsozialismus als "entartet" galten und heiratete nach der Scheidung von seiner ersten Frau Christoph Probsts Mutter, eine Jüdin.

Angelika Probst, Christophs Schwester, erinnert sich daran, dass ihr Bruder schon früh an den menschenverachtenden Ideen des Nationalsozialismus starke Kritik übte.

Christoph Probst ging in den Internatsschulen Marquartstein und Landheim Schondorf zur Schule, welche auch nicht den Ideen des Nationalsozialismus entsprachen, und bestand dort mit 17 Jahren die Abiturprüfung. Nach dem Militärdienst begann er mit großem Ernst sein Medizinstudium. Mit 21 Jahren heiratete er Hertha Dohrn, zwei Jahre später hatte er zwei Kinder.

Christoph Probst stieß erst später zur Weißen Rose, da er nicht zur selben Studentenkompanie wie Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf gehörte, und blieb bei den Aktivitäten im Hintergrund, weil er auf seine Familie Rücksicht nehmen musste.

Er verfasste keines der von der Weißen Rose veröffentlichten Flugblätter, nur einen Entwurf für das siebte Flugblatt, den Hans Scholl bei sich trug, als dieser mit seiner Schwester, Sophie Scholl, am 18. Februar

1943 in der Universität in München die übriggebliebenen Exemplare des 6. Flugblattes verteilte.

Als die Geschwister Scholl in der Uni verhaftet wurden, hatte die Gestapo somit einen Beweis gegen Christoph Probst, der deswegen am 22. Februar 1943 zusammen mit Hans und Sophie Scholl hingerichtet wurde.

Während der Verhöre und der Gerichtsverhandlung bat er um Gnade wegen seiner drei Kinder im Alter von drei Jahren, zwei Jahren und vier Wochen und wegen seiner Frau, die am Kindbettfieber litt. Auch die Geschwister Scholl hatten erfolglos versucht, Christoph Probst zu schützen, und möglichst viel Schuld auf sich geladen, um ihn zu retten. Kurz vor seiner Hinrichtung ließ Christoph Probst sich vom katholischen Gefängnisgeistlichen katholisch taufen.

Quellen: http://de.wikipedia.org/wiki/Christoph_Probst



Quellen: Archiv Georg Mangold, Ehingen, ergänzt um Sammlung Ludwig Dorner, Griesingen

Ehingen in dunkler Zeit 1933-45 - ein Denkanstoß

Eine Collage aus gesammelten Zeitdokumenten und Auszügen aus seinerzeit engagiert verfassten Artikeln der Lokalpresse (Ehinger Tagblatt und Schwäbische Zeitung).

16jährigen Polen am Groggensee hingerichtet – Hitlerjugend als letztes Aufgebot

Von unserem Redaktionsmitglied Ingeborg Burkhardt

EHINGEN. Seit fünfzig Jahren gibt es in Ehingen Geschichten und Geschichtchen über die Ereignisse, die sich im April 1945 zugetragen haben, kurz vor dem Eintreffen der amerikanischen Soldaten, die dem Dritten Reich ein Ende bereiteten. Akten über diese Zeit sind in Ehingen nicht auffindbar. Sie wurden beiseite geschafft oder vernichtet. Zeitzeugen haben es

bisher vielfach vorgezogen, über dieses Kapitel Ehinger Geschichte zu schweigen. Wilhelm Nabjinsky ist nicht nur Zeitzeuge, der sich erinnern kann. Der Senior ist auch bereit, darüber zu sprechen. Er will nicht länger hinnehmen, daß „in den Chroniken unserer Region und des Alb-Donau-Kreises zwölf Jahre Herrschaft und tausend Jahre Zeitgeschichte fehlen“.

Heftige Resonanz auf Umfrage:

„Wollen Sie etwa kapitulieren?“

21. Jan 1984

(et) Wir hatten schon geglaubt, die Diskussion um das Für und Wider von Berichten über das dunkle Kapitel nationalsozialistischer Geschichte in Ehingen sei mit den bisherigen und bereits berichteten Ergebnissen beendet, da ging sie erst richtig los. In zahlreichen Anrufen und Zuschriften wurde und wird jetzt das EHINGER TAGBLATT gefragt, ob damit bereits das Thema als erledigt betrachtet werde. Es ist es noch nicht! Im Gegenteil: Wir bitten um Fortsetzung der Diskussion.

chen sie an verschiedenen Stellen ein und wurden dabei erwischt. Sie kamen ins Oberamtsgefängnis nach Ehingen in Haft. Auf eine Anfrage in Ulm, was zu tun sei, kam nur die lapidare Antwort, man solle mit ihnen machen was man wolle.

So wurden die Häftlinge in die Wolfsgurgel geführt. Begleitet wurde der Zug aneinandergebundener Häftlinge von Ehinger

„Wollen Sie etwa schon kapitulieren?“ So wurde ab Montag mehr als einmal die ET-Redaktion

Ungern vergessen

Eigene Erinnerungen hat auch

Der Beitrag

Auf wenig Gegenliebe stieß unser gestern erschienener Beitrag über die letzten Tage des Nationalsozialismus in Ehingen. Dies läßt zumindest die Resonanz vermuten, die die ET-Redaktion zu verspüren bekam. Dazu gehörte auch der empörte Anruf einer Leserin, die zur öffentlichen Hinrichtung eines polnischen Fremdarbeiters anrief und schimpfte: „Die Russen und und Polen haben nach dem Krieg Furchtbares angestellt, für das sie sich nicht anklagen; weshalb tun wir es dann?“ Sprach's und legte auf.

Heftig reagierte auch ein Leser aus Rottenacker, der die gedruckten Erinnerungen schlicht als „Schweinerie“ empfand, die in seiner Zeitung nichts zu suchen hätten. Seine Konsequenz: Er bestellte ab. Dies mag bedauerlich sein. Dennoch meinen wir, daß Dinge deshalb nicht verschwiegen bleiben sollten, weil sie unangenehm sind und allein die Erinnerung daran schmerzt. Schließlich war „die Sache“ fast schon in Vergessenheit geraten, so daß darüber kaum noch gesprochen wurde. Und wenn doch, dann nur hinter vorgehaltener Hand und in vertrauter Umgebung – etwa am Wirtshautisch.

Dieses Lager wurde von der UNRRA für polnische Kinder eingerichtet. Es befand sich im vormaligen Lager des Reichsarbeitsdienstes im katholischen Pfarrhaus. Auch Mochental war zuvor ein Lager des Reichsarbeitsdienstes.

Das Schicksal einiger zwangsumgesiedelter und zwangseingedeutschter Elsässer hat die Schwäbische Zeitung Ehingen im Nov. 1994 ausführlich dargestellt.

Besuch in Dachau

So meinte eine Ribtissenerin: „Ich bin dafür, daß weiterhin darüber berichtet wird und rede auch mit meinen Kindern darüber. Wir waren bereits in Dachau, wo uns die ganze Schrecklichkeit der NS-Verbrechen erst richtig bewußt geworden ist. Ich empfehle diesen Besuch jeden, der meint, man solle die schrecklichen Dinge am besten vergessen.“



SCHWÄBISCHE ZEITUNG EHI

Erinnerung an sowjetische Kriegsoffer auf dem Friedhof

Ein Gedenkstein, dessen Herkunft unbekannt ist

EHINGEN (as) - 1991 wird wieder ein historisches Jahr sein. Mit ihm wird die Geschichte der Sowjetunion zu Ende gehen, bis vor kurzem war sie noch eine der Supermächte der Erde, ein Staat, der seine Geschichte hatte und bis in die Gegenwart die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“, den zweiten Weltkrieg, pflegte. Auch in Ehingen gibt es ein Denkmal. Zwar nicht vergleichbar mit den großen sowjetischen Ehrenmälern an anderen Orten, sondern ein unauffälliger Gedenkstein am Rande eines Gräberfeldes. Er gilt einem unrühmlichen Kapitel der Ehinger Stadtgeschichte, in dem sowjetische Bürger auch in unserer Stadt litten. Auf dem Ehinger Friedhof steht er und erinnert an die 228 Bürger der Sowjetunion, die als Kriegsgefangene im Ehinger Lazarett starben.

Die Entstehungsgeschichte des Gedenksteins auf dem Friedhof ist unbekannt. Vielleicht können Leser der SZ Ehingen dazu etwas erzählen. Die Redaktion ist für Hinweise unter der 0 73 91/28 63 dankbar.

Auf dem Ehinger Friedhof

sind über zweihundert in Ehingen verstorbene Kriegsgefangene bestattet

das Kriegsgefangenenlazarett im ehemaligen Konvikt

Der Ehinger Stadtgeschichtsschreiber Michael Weber endet seine Untersu-

NS-Deutschland machte im Zweiten Weltkrieg zunächst viele Gefangene, zu Anfang besonders Polen und Franzosen. Kriegsge-

Das Hauptproblem - und Ehingen auch nicht gern ul spricht - war die mangelhaf

vor dem Kriegsende geschlossen wurde und Lazaretten Platz machte. Das Erziehungs-lager „Schwabbenwiesen“, das diesem knap-pen Durchgang durch die Lager im Raum Ehingen mit den Titel gab, fehlt aus dem gleichen Grund. Andere Lager wie das „Sterbe“-Lazarett für kranke russische Soldaten im Alten Konvikt in Ehingen, werden in der Liste nicht erwähnt, weil sie nicht in die Systematik passen.

Ehinger Gefangenenlazarett

Tuberkulose war die häufigste Todesursache

EHINGEN (as) - Als „ein Stück verdrängter Ehinger Geschichte“ bezeichnete

gut zu behandeln wie die anderer Staaten. Vor allem die Lebensmittelversorgung, so berichteten seinerzeit Zeitzeugen der SZ Ehingen, war für die sowjetischen Gefangenen mangelhaft. Zeitweilig war es den Sowjets erlaubt, ihre Lage durch Hilfsarbeiten auf Bauernhöfen zu verbessern, was aber später wieder verboten wurde.

Auf den Seiten 7 bis 9 dieser Ausgabe finden sich die letzten Collagen aus dem Fundus der Redaktion zum Thematik "Ehingen in dunkler Zeit". Auch aus ihnen geht deutlich hervor, wie engagiert sich die Ehinger Pressewelt vor 25 Jahren mit der Thematik der Nazizeit im Städtchen beschäftigt hatte — und dass auch unser SPD-Ortsverein 1985 zu einer entsprechenden Informationsveranstaltung eingeladen hatte. Von anderen örtlichen Parteien ist uns nichts Ähnliches in Erinnerung.



Die Menschenwanderung, von der man noch immer nicht spricht

Die von den Nazis verursachte größte Menschenwanderung der Neuzeit hatte mit der Befreiung kein Ende. Am Kriegsende waren 6 Millionen ausländische Zwangsarbeiter, zwei Millionen ausländische Kriegsgefangene und 750 000 überwiegend ausländische KZ-Häftlinge in den drei Westzonen Deutschlands.

Wie kamen die Menschen nach dem Krieg nach Hause

Während die ehemaligen Westarbeiter sich auf eigen Faust ziemlich schnell auf den Weg machten, brauchte die Wiedereingliederung insbesondere der polnischen Ostarbeiter lange und nahm zum Teil Jahre in Anspruch. Beispiel: Die Holländer in Schelklingen eigneten sich einen herrenlosen Lastwagen an und machten sich mit ihm auf den Heimweg. Die Griechen, die für Rostan gearbeitet hatten, schafften den Absprung aus Schelklingen am 7. September 1945. Am 20. Juli schieben die Franzosen die eingedeutschten Slowenen aus Oberdischingen in die amerikanische Zone nach Erbach ab. - Das Konradhaus in Schelklingen dient bis zum 10. März 1947 als Lager für Polen.

Zur Menschenwürde wiederum gehört der Name, ein Fixpunkt der Persönlichkeit. Menschen sind keine Nummern. Weshalb sich zurecht in uns etwas sträubt, wenn wir an die Nummern-Gräber russischer Kriegsgefangener in Ehingen denken, an die Legion unbekannter deutscher Soldaten auf russischen Friedhöfen oder an die gänzlich namenlos beerdigten Fremdarbeiter in Ehingen.

Wenn in einem derartigen Fall nach dem Namen eines Toten gefragt wird, um ihm dadurch wenigstens in der Erinnerung einen kleinen Teil seiner Würde und Identität zurückzugeben, dann riecht das Datenschutz-Argument von Behörden verdächtig nach Vorwand, da es in diesem Fall absurd ist.

Roderich Schmauz

S P D - Ortsverein

18.4.1985

7930 Ehingen

An alle Mitglieder

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Der Vorstand hat beschlossen, anlässlich des 40. Jahrestages der Kapitulation vom 8.5.1985 auch in Ehingen eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen. Wir wollen diesen Tag als Tag der Mahnung und Aufklärung begehen, damit sich die Schrecknisse des Krieges und der Nazi-Herrschaft nie wiederholen. Diese öffentliche Veranstaltung findet, wie Ihr auch aus der Anlage ersehen könnt, nunmehr am

Freitag, den 26.4.1985, gegen 19.00 h in der Gaststätte zum "Schwert" in Ehingen

statt. Zu Beginn dieser Veranstaltung ist ein Filmbeitrag vorgesehen. Danach werden die Genossen Mangold und Dorner insbesondere auf die Ehinger Verhältnisse während der Nazi-Zeit eingehen, danach besteht ausgiebig Zeit für Diskussionen. Vor allem auch unsere älteren Genossen, die diese Zeit persönlich miterlebt haben, sind herzlich willkommen.



Damals im März

Gerhard Tessin

Vor 60 Jahren (1949): Kriegsschuld

Während die Alliierten in Paris zur Vorbereitung der Friedensverträge mit den Staaten der Mittelmächte tagten, wollte die neue Reichsregierung die Kriegsschuldfrage klären lassen. Mit Schweizer Vermittlung forderte sie von den Siegermächten die Einsetzung einer neutralen internationalen Kommission, welche die Kriegsschuldfrage klären sollte. Das Ansinnen lehnten die Alliierten scharf ab. Ihrer Meinung nach sei die Kriegsschuld Deutschlands unzweifelhaft festgestellt worden. Die deutsche Regierung konnte nur protestieren und warf den Alliierten vor, sich anzumaßen, Ankläger und Richter zugleich zu sein.

Vor 60 Jahren (1949): NATO-Gründung

Die USA, Kanada und die seit März 1948 im Brüsseler Pakt zusammengeschlossenen europäischen Staaten Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten gaben am 18.3. die Einigung über ein auf vorerst 20 Jahre geltendes Verteidigungs-

bündnis bekannt: die NATO (North Atlantic Treaty Organization), proklamiert am 4. April. Organe: Nordatlantikrat für Kontrolle und Koordinierung; Militärausschuss; Oberkommandos Europa, Atlantik und Ärmelkanal mit gemeinsamen Streitkräften; regionale Planungsgruppe USA/Kanada; internationales Sekretariat unter einem Generalsekretär. Die Mitgliedsstaaten verpflichteten sich zum gegenseitigen Beistand im Fall des Angriffs auf ein Paktmitglied. Die Lieferung der Bewaffnung erfolgte durch die USA. Zu den ursprünglich sieben Vertragsstaaten kamen sogleich Norwegen, Italien, Portugal, Dänemark und Island hinzu.

Für die Vereinigten Staaten war der Nordatlantikpakt das erste ständige Bündnis in Friedenszeiten. Der Gedanke entspannt der Einsicht, dass die UNO keine kollektive Sicherheit gewähre und den "kalten Krieg" nicht verhindern können.

Vor 40 Jahren (1969): Heinemann Bundespräsident

Sowjet- und DDR-Behör-

den hatten wie so oft protestiert und gedroht: Westberlin sei nicht Bestandteil der Bundesrepublik. Deshalb dürfe dort auch kein Verfassungsorgan tagen.

Die Bundesversammlung tat dies trotzdem und kam am 5.3. zur Wahl eines neuen Bundespräsidenten zusammen. Für die Nachfolge des scheidenden Heinrich Lübke bewarben sich Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU) und Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD). Im 3. Wahlgang genügt laut Gesetz die einfache Mehrheit. Hier setzte sich Heinemann mit 511 gegen 506 Stimmen durch. Aus dem Stimmenverhältnis konnte man ableiten, dass etwa 90 % der FDP-Delegierten dem SPD-Kandidaten ihre Stimme gaben.

Gustav Heinemann, Jahrgang 1899, hatte Geschichte, Rechts- und Staatswissenschaften studiert. Seine politische Laufbahn begann während der Weimarer Republik in der Deutschen Demokratischen Partei, dann wechselte er in die Christliche Volkspartei. Während der NS-Zeit gehörte er zu den führenden Männern der Bekennenden Kirche. Nach dem Krieg trat er in die CDU ein und war



1946 bis 1949 Oberbürgermeister in Essen. Im ersten Kabinett Adenauer wurde er Innenminister, trat aber aus Protest gegen die Wiederaufrüstung zurück und aus der CDU aus. Später trat er der SPD bei und war seit 1957 wieder Mitglied des Bundestages. Seit Bildung der Großen Koalition 1966 war er Justizminister.

Die Wahl Heinemanns war die Weichenstellung für die sozial-liberalen Koalition nach den Bundestags-

wahlen im September.

Eisenhower gestorben

Im Alter von 78 Jahren starb am 28.3. in Washington der ehemalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower. Vor seiner Präsidentenzeit hatte er eine glänzende Militärlaufbahn absolviert, die in West Point begann und wo er 1915 Leutnant wurde. Im Zweiten Weltkrieg war er ab Dezember 1943 Oberbefehlshaber der West-Alliierten in Europa und leitete die Invasionen

in Afrika und Frankreich.

1945 stand er der amerikanischen Besatzungszone als Militärgouverneur vor. 1950-52 war er Oberbefehlshaber der NATO. Im November 1952 kandidierte Eisenhower bei der US-Präsidentenwahl für die republikanische Partei und setzte sich klar gegen den Demokraten Adlai Stevenson durch. 1956 wurde er wieder gewählt. In der nach ihm benannten Doktrin proklamierte er eine Politik der Stärke gegen das Ausbreiten des Kommunismus. ■

Nachtrag Hessenwahl

Ich sehe es ganz anders

Gottfried Beck, Mundingen

Lieber Ludwig, deine Beurteilung der Wahl in Hessen sehe ich ganz anders. Nach meiner Ansicht ging es um die Ablösung des Ministerpräsidenten Roland Koch.

Nach der Wahl hatten wir den Besuch eines Verwandten, eines 98-jährigen Parteigenossen. Weißt du, was der gesagt hat? Der Koch muss weg, egal wie, so ein Mann darf kein Land regieren! Diese Aussage fand ich gut, von einem alten Sozialdemokraten mit langer Politikerfahrung.

Ich verstehe deine Argumentation über die Abweichler nicht. Das Verhalten der Drei hat unserer Partei wirklich schwer geschadet. Stefan Enderle hat es richtig bezeichnet. Meine Frau glaubt sogar, dass Geld im Spiel war.

Wenn ich in einer Partei bin und eine andere Meinung habe als die Mehrheit, versuche ich, die Anderen von meinen Ansichten zu überzeugen. Wenn es nicht gelingt, muss ich es akzeptieren oder als letzte Konsequenz aus der Partei austreten. Das wäre in meinen Augen anständig!

Nun zu Andrea Ypsilanti. Sie hat einen guten Wahlkampf geführt!

Sie kann begeistern, sie kann überzeugen, und sie hat die SPD Hessens aus der Tahlsole geführt. Das Wahlergebnis zeigt es doch! Sie hat beinahe ihr Ziel

erreicht. Nun finde ich es schäbig, wie sie von den Medien und auch noch von den eigenen Genossen behandelt wird. Wie oft wurden schon in Wahlkämpfen Versprechungen gemacht, die nachher nicht eingehalten wurden. Es gab doch ein Ziel, das der alte Genosse ausgesprochen hat.

Nun zu der Linkspartei

Auch ich bin unglücklich über das Entstehen einer Partei links von uns, es sind unsere Wähler, die sie wählen. Aber nun ist es so und wir müssen damit zurechtkommen. Warum wird sie

weiter auf Seite 13 →→→



Klara Dörner

Notizen aus der Kreistagsarbeit

März 2009

Kann dieses Dach wirklich um 156 200 Euro wertvoller sein?

In der vergangenen Sitzung stand die Sanierung des Daches der Schmiedtalschule (Ehingen-Berkach) auf der Tagesordnung. Die Verwaltung hatte bei einer Bürogemeinschaft einen Architekten beauftragt, verschiedene Ausführungsvarianten zu untersuchen und eine Kostenschätzung vorzulegen. Diese Varianten wurden vorgestellt und durch eine Stellungnahme eines anderen Büros kommentiert.

Eine bloße Überarbeitung der Dachabdichtung kommt nicht in Frage, weil man nicht weiß, wo letztlich die undichten Stellen sind. Dies trifft auch auf den Vorschlag der Nachdämmung zu. Mit der Erneuerung des Daches mit Edelstahldachhaut hat der Kreis inzwischen auch nicht nur positive Erfahrungen gemacht.

Sehr bald wurde deutlich, dass nur zwei Varianten ernsthaft in Betracht kämen:

- Auf die vorhandene Holzschalung käme PU-Hartschaum mit Gefälle und

eine Dachabdichtung mittels zweier Lagen Bitumen und darauf eine Kies-schicht. Planungsansatz: 435 900 Euro.

- Das vorhandene Dach würde komplett abgetragen, Stattdessen würde es als Schaumglas-Kompaktdach, bekieset, neu aufgebaut. Der wesentliche Unterschied zur ersten Variante wäre, dass statt PU-Hartschaum Schaumglas verbaut würde. Schaumglas bietet einen Schutz gegen Unterläufigkeit (eindringendes Wasser, das sich verborgene Wege sucht). Nachträgliche Beschädigungen könnten behoben werden, ohne das gesamte Dach zu sanieren. Planungsansatz: 592 200 Euro.

156 200 Euro als Preisunterschied ist sehr viel Geld — zumal man an dem Schulgebäude auch dringend die Außenhaut und die Fenster sanieren müsste. Ich tat mir sehr schwer damit, einzuschätzen, weshalb die zweite Variante so viel mehr kosten müsse. Argumente wie positive Erfahrungen bei der zu erwartenden Nutzungsdauer der teureren Dachvariante von 25 Jahren gegenüber bisheriger Erfahrungen des Landkreises bei vergleichbaren billigeren Dächern

(Variante 1) von ebenfalls 25 bis 30 Jahren konnten mich nicht überzeugen. Ich entschied mich — auch nach Rücksprache mit Monika Späth — für die billigere Variante. Die Mehrheit des Ausschusses beschloss jedoch die teurere Ausführung.

Nachdenklich gestimmt

Dies tat mir umso mehr weh, weil wir uns beim nächsten Punkt — nämlich finanzielle Unterstützung des Hospizhauses Ulm — letztlich mit weit kleineren Summen begnügten. Ein Trost war für mich nur, dass der Landkreis sich nicht durch eine zu große Beteiligung an diesem Haus letztlich die Möglichkeit verbauen will, eventuell zusätzlich noch ein eigenes stationäres Hospiz an anderer Stelle zu errichten. Deshalb sollte der bisher vorgeschlagene Beitrag von 50 000 Euro mal als erste Beteiligung gewertet werden.

Trotzdem — bei einem Dach geben wir zwar nicht leichtfertig — aber dennoch ohne groß zu zögern mehr als das Dreifache mehr aus als für ein Hospiz. Das stimmte Monika und mich sehr nachdenklich.

weiter auf Seite 22 →→→



■■■ Fortsetzung von Seite 11

eigentlich so verteufelt? Immer noch Angst vor der kommunistischen Weltrevolution?

Ich habe in meiner Jugend und meiner Militärzeit Kommunisten kennengelernt, das waren nicht die schlechtesten Menschen. Für ihre Ansichten und Überzeugungen mussten sie während des Dritten Reiches grausam büßen.

Beim Straßenbau 1930 von Mundingen nach Granheim waren arbeitslose Arbeiter aus Ehingen und Schelklingen beschäftigt, sie wohnten in Mundingen und Granheim bei den Bauern, die ein Zimmer frei hatten. Wir als Kinder beobachteten die Arbeiter auf der Baustelle, durften auch auf

den Kipploren mitfahren, bei ihrer Arbeit und bei ihren Gesprächen. Da sprach man, das ist ein Kommunist, und der viel redete, ist auch einer. Darunter war auch Gottlieb Fink aus Ehingen, der im Ehinger Stadtrat saß. Was mich beeindruckt hat, war ihre Courage, sich öffentlich als Kommunist zu bekennen, das hat ihnen sicher keinen Vorteil gebracht.

Während des Krieges hatte ich einen Kollegen (Kamerad mag ich nicht schreiben, das Wort wurde so oft missbraucht, auch jetzt wieder von den Rechten). Das war für mich ein väterlicher Freund, der sehr hilfsbereit war und sich vertraulich mir als

Kommunist zu erkennen gab. Nur durch seine Militärzeit hat er sich vor Verfolgung und Strafe retten können.

Ich gehe soweit, dass er mir durch sein Verhalten das Leben gerettet hat.

Linke Politiker sind für mich keine Gefahr, was sich aber zur Zeit rechts vollzieht, ist für mich erschreckend. Ich hätte mir doch nicht träumen lassen, dass auf öffentlichen Straßen einmal Naziparolen geschrien werden. Das macht mir Angst!

Ich hoffe, dass ich verstanden werde. Wir haben doch erlebt, was daraus werden kann. ■

Zu (A)bgestimmt (S. 14)

Georg Mangold

Als erster Punkt eine reine Info ohne Abstimmung:

Gleich zu Beginn der Sitzung des GR am Do., 22.1.09, stellte sich die regionale Energie-Agentur gGmbH mit Sitz in Ulm vor. Geschäftsführer Roland Mäckle erklärte uns die Entstehung der Agentur und die Mitglieder, u.a. der Landkreis Neu-Ulm, der Alb-Donau Kreis, die Stadt Ulm. Darüber möchte ich im Roten Füchse noch gesondert berichten.

Beschluss 1:

Aufhebung der Sanierungssatzung für das Sanierungsgebiet Stadterneuerung II (Innenstadt) wegen Abschluss der Sanierung. Seit 1998 wurden fast genau 10

Jahre lang viele Projekte in der Innenstadt saniert. Siehe die ausführliche Berichterstattung in der örtlichen Presse.

Vier mal wurde das Gebiet erweitert.

1. Im Sep. 1998, um den Neubau des Rathauses auch noch ins Sanierungsgebiet zu bekommen.

2. Im Nov. 2005 um die Grundstücke des ehemaligen Feuerwehrraums.

3. Im April 2007 wegen der Grundstücke im Bereich des Speth'schen Hofes (bald städtische Kunstgalerie) und der Hofstatt 3, wegen Zugängen zum Groggensee.

4. Im Dez. 2007 um die Grundstücke Lindenstraße 16-18, dem ehemaligen Preisfuxgelände.

Ich habe bei der Aufhebung der Satzung mit ja gestimmt.

Beschluss 2:

Bebauungsplan 4te Erweiterung Liebherr, Entwurfsbeschluss: mit ja gestimmt

Beschluss 3:

Vergabe der Ingenieurleistungen zur Planung der Ortskanalisation an das Büro Karcher: mit ja gestimmt

Beschluss 4a+b:

Planung und Ausschreibungen für die Erneuerung der Kanalisation im Bereich des Regenüberlaufbeckens (RÜB) 4, für den Bereich Längenfeld, geschätzte Baukosten 1.450.000 Euro: mit ja gestimmt

In Ergänzung Vergabe verschiedener Ingenieurleistungen für diese Maßnahmen an das Büro Pirker u. Pfeiffer, für ca. 75.000 Euro vergeben: mit ja gestimmt ■



Er stand vor
10 Jahren
im Roten Füchsle

Flugblatt der Senioren-Union Ravensburg (CDU, 30.1.1999):

"Welch ein Land verteidigt so ein Doppelstaatler im Ernstfall? Schießt er auf seine bisherigen Gastgeber?"

Kommentar der Ravensburger Schwäbischen Zeitung dazu: "Pamphlet ... an Grobschlächtigkeit und Dummheit nicht zu überbieten" (6.2.99)

Pobacken und Pferdeställe

Unter dieser Überschrift zerpflückt 's Rote Füchsle scheinbar zunächst einleuchtende Argumente der Rechten gegen doppelte Staatsangehörigkeiten.

Neue Rechtschreibung

's Rote Füchsle erscheint bereits in der neuen und (seitdem weitgehend gleich gebliebenen) Rechtschreibung.

Kuh-Verkehr

Ruhen, fressen, saufen, zum Melkstand gehen — nach Belieben der Kuh. Fühlt sie sich wohl, gibt sie mehr Milch.

Frei von Zensur

Der örtliche Landesvertreter der Landwirte hatte auf der Jahreshauptversammlung rüde gegen die SPD polemisiert. Unsere Ortsvereinsvorsitzende äußerte sich anschließend im Roten Füchsle dazu. Dies wurde von einem hiesigen Zeitungsmacher kritisiert: *Er* habe einen Leserbrief von ihr erwartet. Der Landesvertreter hatte ihren Aufsatz im Füchsle gelesen und polemisierte nun in einem Leserbrief — über Klärles Beruf. Klärles Stellungnahme in der Presse endete mit dem Satz, dass sich zum Stil des Kontrahenten jeder sein eigenes Bild machen solle. Und was war? Genau diesen Satz strich ihr die damalige Zeitungsredaktion dann raus ...

Ein Grund mehr für's 'unzensuriert' im Füchsle-Titel, nicht wahr ... ■

☒ (A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchsle befragt Mandatsträger/-innen, wie sie in letzter Zeit abgestimmt haben.

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt e = enthalten
? = trotz Anfrage keine Angaben erfolgt

Evelyne Gebhardt, MdEP		
1	Verbot von krebserregenden Pestiziden	j
2	Einführung eines Inspektionssystems zur Überprüfung der Zustände in Flüchtlingslagern	j
3	Für einen europaweiten Atomausstieg	j
Hilde Mattheis MdB		
1	Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Mindestlohn)	j
2	Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz	j
3	2./3. Lesung Konjunkturprogramm	j
Martin Rivoir MdL		
1	Erhöhung der Zuschüsse für Kommunaltheater	j
2	Abschaffung der Studiengebühren, Ersatz durch Haushaltsmittel	j
3	Erhöhung der Sanierungsmittel für Soziokulturelle Zentren	j
Klärle Dorner, Kreisrätin		
1	Dachsanierung an Schmiedtalschule	j/n
2	Valckenburgschule Ulm - Einrichtung einer Gastroküche	j
3	Förderung des Hospiz-Hauses Ulm	j
Manfred Hucker, Gemeinderat		
1	Schlussbericht zum Sanierungsgebiet "Stadterneuerung". Aufhebung des Sanierungssatzes	j
2	Bebauungsplan 4. Erweiterung Liebherr (Entwurfsbeschluss)	j
3	Allgemeiner Kanalisationsplan vom Stadtgebiet Ehingen; Baumaßnahme RÜB 4 Längenfeld und Vergabe der Ingenieurleistungen	j
Georg Mangold, Gemeinderat und Frakt.-Vorsitzender		
1	Siehe Seite 13	
Joachim Schmucker, Gemeinderat		
1	Ich habe die letzte Gemeinderatsitzung wegen Erkrankung leider verpasst.	
Wolf-Rüdiger Stummer, Gemeinderat		
1	Entwurf Aufhebung der Festlegung Sanierungsgebiet "Stadterneuerung II	j
2	Entwurf Bebauungsplan 4 Erweiterung LIEBHERR	j

Lesen, womit sich die Parlamente befassen ...

Vorschlag:

Wahlordnung für die Aufstellung der KandidatInnen zur Kommunalwahl 2009

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Ehingen der SPD beschließt in geheimer Abstimmung die Aufstellung der Liste zur Gemeinderatswahl 2009 am Freitag, den 20.3. 2009 im Gasthaus Schwanen

1. Stimmberechtigt

ist, wer

- bei der Aufstellung der Liste das 18. Lebensjahr vollendet hat
- in Ehingen seit mindestens 3 Monaten die Hauptwohnung hat,
- die deutsche Staatsangehörigkeit hat oder UnionsbürgerIn ist
- und Mitglied der SPD ist.

2. Wahlvorschlag:

Der Ortsvereinsvorstand legt einen Wahlvorschlag vor. Dabei sollte die Quotierung beachtet werden, das heißt jeder 3. Platz sollte an ein anderes Geschlecht vergeben werden. Zusätzliche Wahlvorschläge können aus der Mitte der Mitgliederversammlung eingebracht werden.

Jeder Kandidat, jede Kandidatin kann auf jedem Platz vorgeschlagen werden oder sich selbst bewerben. Jede Kandidatin, jeder Kandidat sollte sich bereit erklären, auf jedem Listenplatz zu kandidieren

3. Verfahrensvorschlag:

Die Plätze 1 bis 10 sollen in Einzelwahl nominiert werden.

Bewerben sich um einen Platz mehrere Kandidaten und Kandidatinnen, so ist derjenige/diejenige gewählt, der die Mehrheit der abgegebenen gültigen

Stimmen hat. Erhält niemand diese Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Hier genügt die einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Jeder Wähler, jede Wählerin hat 1 Stimme.

4. Wahl der Listenplätze 11-20.

Diese Plätze werden durch Blockwahl entschieden. Es werden jeweils zwei 3-er-Gruppen bis Platz 16 gebildet. Plätze 17-20 bilden eine 4-er-Gruppe. Eventuelle Ersatzbewerber werden extra gewählt.

Jedes Mitglied hat höchstens so viel Stimmen, wie KandidatInnen in dem Block zu wählen sind. Ein Stimmzettel mit 3 zu wählenden KandidatInnen ist dann gültig, wenn mindestens 2, höchstens drei KandidatInnen namentlich aufgeführt sind.

Bewerben sich in einem Block mehr Kandidaten und Kandidatinnen als vorgesehen, so sind derjenige/diejenige in der Reihenfolge der erzielten Stimmen gewählt.

Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

5. Unechte Teilortswahl

Die Aufstellung der Listen für die Unechte Teilortswahl findet auch in Blockwahlen statt. Die oberen Punkte gelten entsprechend.

Die Reihenfolge ist in Anlehnung an die Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Ehingen bestimmt.

Wohnbezirk Alb
Wohnbezirk Kirchen-
Dettingen
Wohnbezirk Pfarrei
Wohnbezirk Rißtissen
Wohnbezirk Nasgenstadt/
Gamerschwang

6. Vertrauensleute

Die Wahl der Vertrauensleute für die Kommunalwahllisten kann in offener Abstimmung erfolgen.

Beschlussvorschlag über das Verfahren bei Ausscheiden eine/r/s /mehrerer KandidatInnen:

"Fällt bis zum Ende der Einreichungsfrist jemand aus, so rücken die nachfolgenden BewerberInnen innerhalb der Liste und die ErsatzbewerberInnen in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen auf."

Die Listenvertrauensleute sind ermächtigt, entsprechende Änderungen vorzunehmen.

weiter auf Seite 22 →→→



Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchse hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.



(R)umgefragt



*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?
Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsle@t-online.de

1

Das Unwort des Jahres 2008 lautet "notleidende Banken". Die Südwestpresse zitiert am 21.1.2009 den Sprecher der Jury: "Die Banken, die die Krise verursachten, werden so zu Opfern stilisiert". Die Zeitung kommentiert: "Mit ihrer Geldgier haben Banker das Weltfinanzsystem an den Rand des Kollapses gebracht, jetzt kassieren ihre Institute Staatshilfen in Milliardenhöhe, finanziert vom Steuerzahler." Müssen wir dem zähneknirschend (?) zustimmen?

Klärle Dörner, Kreisrätin, OV-Vorsitzende

Ja, wir müssen wohl zustimmen, weil sonst die Weltwirtschaft nicht weiter funktionieren kann. Aber ich meine, der Staat und damit der Steuerzahler müsste mit den Banken eine Rückforderung (eine Rückgabe) vereinbaren. Wenn die Banken wieder in der Gewinnzone sind, können sie auch wieder das Geld - zumindest einen großen Teil davon - zurückgeben. Außerdem finde ich es richtig, dass der Staat - in Vertretung des Steuerzahlers - bei den Einkommen der Bankmanager ein Wörtchen mitredet.

Werner Dorst, Dipl.-Finanzwirt (FH), Ehingen, Leser

Diese Frage, wirft bei mir zuerst die Frage auf: Wissen Leute, die sowas in der Zeitung schreiben, eigentlich worum es geht und wie diese Staatshilfe funktioniert?

Fakt ist: Der Staat tritt als Bürge für die in Not geratenen Banken auf.

Diese Bürgschaft kostet, solange sie nicht in Anspruch genommen werden muss, keinen einzigen Euro, im Gegenteil, die Banken müssen dafür eine Bürgschaftsprovision bezahlen.

Was den Steuerzahler tatsächlich Geld kostet, sind die durch die Kapitalmarktkrise nun in Gang gesetzten Konjunkturmaßnahmen in Form von Investitionen, Steuererleichterungen und Subventionen. Diese sollen durch zusätzliche Staatsschulden von ca 55 Mrd Euro finanziert werden. Da ich hierbei allerhand Investitionen erkennen kann, die auch ohne Bankenkrise längst überfällig waren, hat diese Maßnahme weitestgehend meine Zustimmung.

Aber zurück zur Frage: Ich meine, JA, wir müssen und sollen zustimmen, denn wenn keine Bank "kaputt" geht, dann verlieren kleine Leute kein Geld. Leute mit viel Geld legen dieses generell nicht bei der Bank an, sondern investieren in die Wirtschaft.

Christian Gaus, Sprecher der Juso-HSG an der Uni Ulm

Ja (vor allem zu dem zähneknirschenden Teil). Denn die Alternative wäre noch viel schlimmer, und dies will ich hier nicht ausmalen.

Wir müssen nur dafür sorgen, dass Banken sich in Zukunft auf ihr Kerngeschäft beschränken, dass es schwieriger wird, Spekulationsblasen entstehen

zu lassen (z.B. durch Verbot einiger Spekulationsgeschäften; Tobin-Steuer, etc), dass die Finanzwelt klare Schranken und eine einflussreiche Aufsichtsbehörde bekommt, dass die Banken ihre Risiken klar bilanzieren müssen und nicht verkaufen können, dass diese Regeln möglichst international einheitlich sind.

Bärbel Griesinger, Ortsvereinsmitglied

Da stimme ich mit unserem Kanzlerkandidaten Steinmeier völlig überein, der sagte: "Mich regt vor allem auf, welche unverantwortlichen Risiken manche Banker und Manager auf der Jagd nach dem letzten Prozent Rendite eingegangen sind. Und mich schmerzt, dass wir Steuerzahler jetzt einen großen Teil der Zeche zahlen müssen, um noch Schlimmeres zu verhindern."

Beim Gewinneinfahren und beim Absahnen habe ich auch keine Rufe nach Vater Staat vernommen. Wünschen würde ich mir, dass durch dieses Desaster gravierende Ände-



rungen in der Ausbildung und im Schulungsbereich der Bankfachleute stattfinden werden.

Karl-Heinz Irgang, Blau-beuren-Gerhausen, Stadtrat

Kein Zweifel es gibt Banken, denen es richtig schlecht geht, und andere, deren Geschäftsmodell seriöser angelegt war und ist, diesen geht es nun weniger schlecht. Ob es z. Zt. welche geben mag, denen es immer noch richtig gut geht, möchte ich mal offen lassen.

Zähneknirschende Steuerzahler ja, aber diesen nun aufzubürden, den angerichteten Saustall in großem Umfang auszumisten, nein. Eine Restaurierung der seit Ende der 90-er Zug um Zug eingerichteten Spielwiesen für zockende Banker, besser ausgedrückt Finanzhaie, kann überhaupt nicht in Frage kommen.

Dort wo es um reale Anteile zur Stabilisierung des (globalen) Bruttosozialprodukts geht, werden die reichen Länder nicht umhinkommen mit einzuspringen, aber bitteschön auch nur in den Größenordnungen, die etwa durch staatliches Versagen zu beschreiben wären. Ich merke an, unser Finanzminister (und sein Apparat) hat sich noch bis in den Spätsommer 2008 mit Schönfärberei beschäftigt anstatt die Indikatoren, die seit spätestens Februar 2008 auch für Europa deutlich auf negativ zeigten, ernst zu nehmen und in politische Handlung umzusetzen. Dass nun zu allem Überfluss auch noch die Auswirkungen einer desolaten Wirtschaftsstrukturpolitik verschärfend hinzukommen, ist zwar bei der Besetzung dieses Ministeriums überhaupt nicht verwunderlich, war aber leider ebenfalls frühzeitig vorhersehbar.

Die Staatengemeinschaft hat es nicht vermocht, den rein spekulativen Geschäftsmodellen für globale Finanztransaktionen mit einem soliden Regel-

werk klare Grenzen zu setzen. Die Finanzmärkte wurden unbehelligt auf ein Mehrfaches des globalen Bruttosozialproduktes geradezu aufgeblasen, d. h. der rein spekulative Anteil in den Finanzwerten wurde immer größer und für diesen Anteil darf nun kein Staat der Welt geradestehen, es kann nur um die Sicherung realer Werte gehen. Das wird in jedem Einzelfall schwer genug zu differenzieren sein, leider, denn Zocken und Täuschen sind beides Begabungen von Finanzhaien.

Übrigens, dass es auch anders hätte gehen können, ich meine konkrete und rechtzeitige Maßnahmen, zeigen viele Unternehmen, die eben noch Liquidität und Werte aufgebaut haben als sich das Absacken auf dem Kreditmarkt bereits angekündigt hatte. Die Diskussionen hierzu waren vielfach Gegenstand von Jahresabschlussmeetings 2007, ich sage dies als Beteiligter und ich sage auch: diese Unternehmen haben in diesen Tagen deutlich geringere Probleme.

Anmerkung des Verfassers: Frage 1 ist ein richtig dicker Klops und mir fällt auch eine Menge mehr dazu ein, ich denke aber, der Rahmen "(R)umgefragt" würde dann gesprengt.

Tobias Leichtle, Mitglied der Juso-AG

So schwer es fällt dies zu sagen, aber haben wir denn in der jetzigen Situation eine andere Wahl?! Leider nein. Der Wohlstand unseres Landes hängt nunmal von diesem System ab, auch wenn uns einige Weltverbesserer anderes glauben machen wollen. Ich denke, dass die Bundesregierung richtig handelt und vor allem jetzt richtigerweise versucht wird dem Finanzsystem einige Fesseln anzulegen. Leider kann Deutschland hier nicht den Impuls geben, dafür sind wir am internationalen Finanzmarkt ein zu kleines Licht. Aber wir

können darauf hinarbeiten, dass vor allem die USA sich einsichtig zeigen und einen von dort ausgehenden Impuls nutzen und verstärken. Nur dann kann die unbefriedigende Realität längerfristig verändert werden, damit es nicht (!) mehr heißt: Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert.

Gerhard Lindner, Holzkirch, Schul- und Bürgermeister

Ob wir "zähneknirschend zustimmen" oder lauthals zeternd unseren Unmut über die Gewährung von Staatshilfen an die notleidenden Banken äußern, ist letztlich schnurzegal. Uns fragt doch schließlich niemand ...

Georg Mangold, Stadtrat, Fraktionsvorsitzender

Glückwunsch an die Sprachjury. Eine wirklich gute Wahl. Mich regt am meisten auf, dass die Verursacher dieser Krise alle straffrei ausgehen. Mehr noch, sie dürfen die Gelder, die sie durch ihre kriminellen Machenschaften erworben haben, auch noch "legal" behalten. Jeder (normale) Dieb muss seine Beute wieder rausgeben. Wer mit Finanzmachienschaften stiehlt, betrügt und ausbeutet, darf die Ergebnisse seiner Schweinereien behalten. Wie sagte der Seiler (= Mensch, der Seile und Stricke herstellt): Die kleinen hängt man, die großen lässt man laufen. Wär`s anders(t) rum, könnt ich mehr Strick' verkaufen.

Wolf-Rüdiger Stummer, Stadtrat

Nein - ABER wenn wir diesen Hilfen nicht zustim-





men, was dann??

Können wir uns einen Zusammenbruch der Privat- und Großbanken leisten und damit einen sicheren Börsencrash provozieren?

Die 20-er Jahre des vorherigen Jahrtausends feiern eine "

fröhliche" Wiederholung!

**Gerhard Tessin,
Redaktionsmitglied**

Zwar zähneknirschend, aber doch. Es kommen bestimmt wieder bessere Zeiten für die "Notleidenden". Und dann,

bitteschön, wieder zurückzahlen!

Wer Verluste sozialisiert, muss es auch bei Gewinnen tun, wenn diese durch staatliche Hilfe wieder möglich werden. ■

2

(R)umgefragt — Frage 2



Kindergarten beitragsfrei? Nur das letzte Kiga-Jahr, oder gleich ganz ohne "Schulgeld", genau so wie die öffentlichen Schulen? Die bisherigen Beiträge sind für viele Familien schließlich eine große finanzielle Belastung. Wenn alle Kinder von Anfang an in den Kindergarten gehen könnten (oder sogar müssten?), wäre dies ein riesiger Schritt zur Chancengleichheit, und in den Schuljahren danach wären viele Kinder längst nicht so ausgebremst. Sollen und können die Kommunen die große Last auf sich nehmen?

**Klarle Dorner, Kreisrätin,
OV-Vorsitzende**

Die SPD hat schon immer den beitragsfreien Kindergartenbesuch gefordert, weil sie darin die einzige Chance sieht, dass alle Kinder schon möglichst früh gleiche Bildungsschancen haben. Inzwischen erkennen ja auch die meisten anderen Bildungspolitiker/-innen, dass dies kein Luxus wäre, sondern eine wichtige Grundlage für die spätere Teilhabe an der Gesellschaft darstellt.

Ob die Kommunen das Geld dazu haben müssten oder das Land, diese Frage ist noch nicht ausgestanden. Ich meine, es müssten alle die gleichen Bedingungen haben - und die Entscheidung nicht von der Finanzkraft der einzelnen Kommune abhängig sein. Das heißt: beitragsfrei ja - und zwar ab dem ersten Tag des Besuchs - und eine gesicherte Finanzierung durch das Land oder den Bund.

Bildung muss unserer Gesellschaft etwas wert sein.

Christian Gaus, Sprecher

**der Juso-HSG
an der Uni Ulm**

Zumindest das letzte Jahr sollte beitragsfrei sein, um die Kinder auf die Schule vorzubereiten. Dass es geht, zeigt zumindest Rheinland-Pfalz.

Wichtig ist dabei, die Erzieherinnen und Erzieher ordentlich zu bezahlen für ihre wichtige Aufgabe. Man könnte den Eltern auch dadurch entgegenkommen, dass man die Kindergartenbeiträge von der Steuer absetzbar macht oder ähnliches.

**Bärbel Griesinger,
Ortsvereinsmitglied**

Kindergärten sollten genauso beitragsfrei sein wie öffentliche Schulen. Dass dies möglich ist, beweisen mittlerweile schon einige (wenige) Kommunen.

**Karl-Heinz Irgang, Blau-
beuren-Gerhausen, Stadtrat**

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich eine komplette Beitragsfreiheit in

jedem Fall rechnen wird. Kein Zweifel: eine bessere Bildung und weniger soziale Probleme finden letzten Endes ihren positiven Niederschlag im Brutto sozialprodukt, damit langfristig auch in Steuereinnahmen. Mal ganz abgesehen von dem an die erste Stelle zu setzenden humanen Aspekt.

Diese Aussicht sollte die Kette Bund-Land-Kommune in Richtung Beitragsfreiheit beflügeln, die Kommunen sind aktuell auch in der Lage, hier die ersten Schritte zu gehen. Nur wenige Ausnahmen mögen die Regel bestätigen.

**Tobias Leichtle,
Mitglied der Juso-AG**

Es wäre wünschenswert, wenn alle Kinder ab 4 einen beitragsfreien Kindergartenplatz hätten. Dies würde alle Familien stark entlasten und dem (hauptsächlich) erziehenden Elternteil die Möglichkeit geben auch einer Berufstätigkeit nachzugehen. Ein Kindergartenzwang wäre auch hinsichtlich der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und der damit verbundenen Chancengleichheit



wünschenswert. Ich kann mir jedoch nicht vorstellen, dass die Kommunen nach den neuesten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen genügend Geld aufbringen können. Es wird somit ein Wunschtraum bleiben.

**Gerhard Lindner,
Holzkirch, Schul- und
Bürgermeister**

Rheinland-Pfalz hat schon 2006 mit dem stufenweisen Abbau der Kindergartenbeiträge begonnen (ab 2010 wird der Besuch schließlich für alle Kinder beitragsfrei sein) und selbst im CDU-regierten Saarland ist der Besuch im letzten Kindergartenjahr zwischenzeitlich beitragsfrei. In Norwegen gibt es keine Elternbeiträge und in vielen anderen Nachbarländern ist der Elternbeitrag ein minimaler prozentualer Beitrag der Betriebskosten.

Das (noch) reiche Baden-Württemberg wäre gut beraten, im Interesse der Eltern und vor allem im Interesse der Chancengleichheit für Kinder sich hier vorwärts zu bewegen. Allerdings: Ebenso wie im gesamten Bildungsbereich ist auch hier der bundesrepublikanische Föderalismus mehr ein Fluch als ein Segen.

Die Verteilung der zusätzlichen Kosten für die Kommunen muss im Kindergarten ausgleich entsprechend geregelt werden

**Georg Mangold, Stadtrat,
Fraktionsvorsitzender**

Wir müssen uns dringend vom "Kinderschul-Image der Nachkriegszeit" trennen. Der Kindergarten ist heute zeitlich und inhaltlich sehr nahe an der Schule angesiedelt, dass es schon lange nicht mehr richtig ist, dafür von den Eltern einen gesonder-

ten Beitrag zu verlangen. Diesen Beitrag zahlen nur die, die Kinder haben. Wird er über Steuern finanziert, sind alle beteiligt.

Woher kommt es, dass leider Kinder immer noch als "Armutrisiko" gelten? Es sind die viele Dinge, die für Eltern mit Kindern teurer und aufwändiger sind. Dann muss nicht auch noch der Besuch des Kindergartens, der für die künftige Entwicklung der Kinder sehr wichtig ist, mit einer "Straf"-Gebühr belegt werden. Also möglichst schnell weg mit dieser "Elternstrafgebühr" und zwar landes- und bundesweit.

**Kevin Riedmüller,
Ehingen**

Natürlich sollte der Kindergarten beitragsfrei sein!

Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Bildungsstätten, egal ob Kindergärten, Schulen oder Universitäten, kostenfrei sein sollten.

Gut, manche Politiker sehen Kindergärten als keine Bildungsstätte und fordern Beiträge zur Unterhaltung der Kindergärten. Aber sie bedenken nicht, dass diese Beiträge manchen Familien, besonders Großfamilien und finanziell schwächeren Familien (wie Familien, die von Hartz 4 leben) zu hoch sein könnten.

Sicherlich, es gibt Vergünstigungen für Großfamilien. Aber sie sind meist so gering, dass Großfamilien den Kindergartenbeitrag trotzdem nicht zahlen können. Großfamilien benötigen jeden Cent zum Leben. Meist bleibt es nicht mal beim Kindergartenbeitrag. Dann kommen noch sonstige Ausgaben dazu. Die Eltern müssen beispielsweise "Teegeld" bezahlen, damit die Kinder die Getränke im Kindergarten trinken dürfen. Getränke dürfen die Kinder nämlich nicht mitbringen. Fließen die

Kindergartenbeiträge doch nicht komplett in den Kindergartenbereich?

In meinen Augen IST der Kindergarten eine Bildungsstätte, die zur Vorbereitung für die Schule dient. Die Kindergartenzeit prägt ein Kind. Dort lernt es den sozialen Umgang mit anderen Kindern. Dort werden Werte vermittelt, wie Verantwortungsbewusstsein und Ordentlichkeit. Dort werden die motorischen Fähigkeiten, sein Sprachwissen und seine musikalische Fertigkeit gefördert und geprägt. Natürlich kann man erwidern, dass es keine Kindergartenpflicht gibt und daher Beiträge von der Kommune erhoben werden können. Aber das ist Unsinn. Das ist nur eine Ausrede, damit die Kommune, der meistens Geld fehlt, ihre Kasse auffüllen kann.

Alles in allem: Um die Chancengleichheit zu wahren, muss der Kindergartenbesuch kostenlos sein. Wie hier erläutert, ist der Kindergarten wichtig für die Entwicklung des Kindes. Es gibt sicherlich Möglichkeiten, den Kindergartenbereich ohne Beiträge finanzieren zu können (was bei einzelnen Kommunen auch möglich ist). Bildung MUSS kostenlos sein.

**Wolf-Rüdiger Stummer,
Stadtrat**

Kindergärten sind eine erste Schule fürs Leben!

Es muss ernsthaft darüber nachgedacht werden, auch eine beitragsfreie Kindergartenpflicht einzuführen.

**Gerhard Tessin,
Redaktionsmitglied**

Beitragsfrei müsste es sein, klar. Aber dafür gibt's (noch) keine politischen Mehrheiten. Wenn Pflicht, dann zumindest das wichtige Jahr vor der Einschulung. ■



■■■ Fortsetzung von Seite 5

beiträge hälftig durch die Bundesagentur für Arbeit erstattet. Für Zeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit wird ihnen der volle Sozialversicherungsbeitrag erstattet.

c) Für die Jahre 2009 und 2010 stehen zusätzliche Mittel von rund 2 Mrd. Euro für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bereit sowie weiterer Maßnahmen.

4 Säule: Stärkung der Automobilbranche und Förderung verbrauchsarmer PKW

a) Zur Ankurbelung des Auto-Absatzes haben wir deshalb eine Umweltprämie in Höhe von 2 500 Euro eingeführt. Wer in diesem Jahr seinen mindestens 9 Jahre alten Wagen verschrottet und gleichzeitig einen umweltfreundlicheren Neu- oder Jahreswagen ab Euro 4 kauft, erhält diese Prämie. Für dieses Programm stehen 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung.

b) Kfz-Halter, die im Zeitraum vom 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 einen neuen Pkw zulassen, müssen ein Jahr lang keine Kfz-Steuer zahlen. Erfüllen Pkw zudem die Abgasnorm Euro 5 oder Euro 6, verlängert sich die Steuerbefreiung bis auf maximal zwei Jahre. Diese Regelung endet auf jeden Fall am 31. Dezember 2010.

Beide Maßnahmen zusammen kosten bis 2010 rund 900 Mio. Euro.

c) Für die Jahre 2009 und 2010 werden insgesamt zusätzliche 500 Mio. Euro über Förderprogramme bzw. KfW-Kredite eingesetzt, die z. B. für Hybridantrieb, Brennstoffzell- oder Speichertechnologien verwendet werden können.

5. Säule: Modernisierung des Landes durch Innovation

a) Wir stocken das Zentrale Innovationsprogramm (ZIM) für die Jahre 2009 und 2010 um jeweils 450 Mio. Euro auf. ZIM fördert Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Betrieben mit bis zu 250 Beschäftigten. Um den in der Wirtschaftskrise gewachsenen Finanzierungsbedarf für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Mittelstandes zu decken, werden in den Jahren 2009 und 2010 auch einzelbetriebliche FuE-Vorhaben von westdeutschen Unternehmen und größere Unternehmen bis 1000 Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland gefördert. Ostdeutsche Unternehmen erhalten dabei höhere Fördersätze.

6. Säule: Bessere Bedingungen für Unternehmen

Wir wollen, dass Betriebe auch in der Krise weiter investieren und so Arbeit

nachfragen und Arbeitsplätze sichern.

a) Deshalb wird über das bei der KfW bereits laufende Sonderprogramm von 15 Mrd. Euro für den Mittelstand hinaus ein Bürgerschaftsrahmen von 100 Mrd. Euro zur Verfügung stehen.

b) Wir haben, zeitlich befristet für zwei Jahre, eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 Prozent zum 1.1.2009 eingeführt. Die Maßnahme, die vor allem kleine und mittelständische Unternehmen betrifft, entlastet die Unternehmen um 2,5 Mrd. Euro.

7. Säule: Fortsetzung unserer nachhaltigen Haushaltspolitik

Wir wissen, dass wir in diesen Zeiten aktiv gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise ankämpfen müssen und vorübergehend eine Erhöhung der Staatsverschuldung in Kauf nehmen müssen. Mit der Tilgung des Sondervermögens werden wir ab 1. Januar 2010 beginnen. Hierfür wird der Anteil des Bundesbankgewinns, der über den im Bundeshaushalt veranschlagten Betrag hinausgeht, verwendet. Und weiterhin halten wir auch eine Schuldenbremse im Grundgesetz für notwendig. Das Ziel eines ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushaltes bleibt bestehen. ■

**(L)eserpost 1**

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag über die Anfänge der Weimarer Republik gelesen. Zwei Filmbeiträge über Erzberger und Rathenau zeigten mir ebenfalls ein Bild dieser unruhigen, ja gefährlichen Zeit. (Auf dem alten Biberracher Stadtfriedhof bin ich dann sogar noch an der Grabstelle von Erzberger gestanden.) Und wieder bin ich froh in einer doch mehr gefestigten Demokratie zu leben.

Ganz hervorragend und so treffend in Wort und Bild ist die Reise mit dem Heißluftballon.

Dieser Text sollte doch auf die Titelseiten aller Tages- und Wochenzeitungen.

Person, Name und Anschrift der Redaktion persönlich bekannt

(L)eserpost 2

Erstmal vielen Dank für die Veröffentlichung meines Beitrags im letzten Roten Füchsele!

Mit der Banken- und Wirtschaftskrise bin ich heute natürlich weiter. Ich bin Berater im Bereich Firmenkunden der Commerzbank und bekomme einiges mit.

Wenn sich bei Euch

Interessenten melden, würde ich nochmal "nachschieben". Z.B. wie ist das mit der Staatsbeteiligung an Banken und dem Rettungsschirm für Unternehmen? Sinn macht das natürlich nur, wenn es auch jemand interessiert. Und dafür sind die Rückfragen jetzt ein Gradmesser.

Wilfried Schollenberger
Heidelberg

*Anmerkung der Redaktion:
Wer Interesse an weiteren fachkundigen Darstellungen des Genossen Wilfried Schollenberger hat, kann dies die Redaktion gerne wissen lassen.*

Rotes.Fuechsle@t-online.de ■



Ein Fernfahrer macht in einer Raststätte an der A7 Pause. Kommen zwei Rocker in Motorradkluft rein, ziehen ihm die Serviette durch die Suppe, beschmieren seine Haare mit Senf, schütten ihm Zucker unters Hemd und bekleckern seine Hose mit Ketchup. Der Fernfahrer zahlt seine Rechnung und steht auf. Danach verlässt er völlig ungerührt das Lokal. Fragen die Rocker total verstört den Kellner: „Was war das denn für ein Typ?“ Kell-

ner: „Wirklich ein seltener Idiot und Auto fahren kann der Kerl auch nicht! Eben hat er zwei Motorräder beim Rückwärtssetzen zu Schrott gefahren!“

Ein etwas übereifriger Jungpolizist stoppt auf der Landstraße einen Lastwagen. „Jetzt sage ich Ihnen schon zum siebten Mal, dass Sie Ihre Ladung verlieren, mein Herr“, schimpft der Beamte den Fahrer des Lkw. Schnauzt der Lkw-Fahrer entnervt zurück: „Und ich sage Ihnen schon zum siebten Mal, dass dies ein Streuwagen ist!“

Warum fährt der Mannschaftsbus von VFL Bochum neuerdings über jede rote Ampel, die er kriegen kann? Die haben gehört, dass man damit wenigstens ein paar Punkte in Flensburg holen kann.

Ein Mann fragt nach der Messe: „Herr Pfarrer, Sie haben gerade so schön vom Himmel gepredigt, können Sie mir sagen, ob man im Himmel auch Fußball spielen kann?“ „Das kann ich so einfach nicht beantworten, aber ich frage meinen Vorgesetzten“, antwortet ihm der Pfarrer. Am Sonntag darauf sagt der Pfarrer zu dem Mann: „Jawohl, es wird Fußball gespielt im Himmel und Sie gehören beim nächsten Spiel schon zur Mannschaft.“ ■



■■■ Fortsetzung von Seite 12 (Kreistag)

Mit ganzem Herzen mittragen

Die dritte Entscheidung betraf wieder einmal die Jugend. Und zwar geht es darum, die Bedingungen für die berufliche Qualifikation weiter zu verbessern. Dies konnte ich mit ganzem Herzen mittragen.

Die Valckenburgschule in Ulm (Berufsschule) soll eine Gastküche bekommen. Damit werden die Lehrvoraussetzungen für die Grundstufe der Berufsschule (Gastronomie), das

Berufseinstiegsjahr Profil Gastronomie sowie für jeweils zwei Klassen Berufskolleg Ernährung und Hauswirtschaft wesentlich verbessert. Kostenpunkt: 238 400 Euro.

Im Anschluss an diese Tagesordnungspunkte stellte uns Herr Rektor Heinz Batzer die Kaufmännische Berufsschule Ehingen mit all ihren Spezialklassen vor. Dabei wurde sehr deutlich, dass seit Längerem sowohl seine Schule wie auch die Magdalena-Neff-Schule in

fast unzumutbarer Enge arbeiten müssen. Er freute sich, wenn nach dem Umzug etwas mehr Platz da sei — und er zeigte auch gleich auf, wie die frei werdenden Räume zeitgemäß genutzt werden könnten. Vielleicht bleibe aus dem Konjunkturprogramm des Bundes etwas für diese Schule übrig.

Beim abschließenden Vesper konnten wir dann noch das eine oder andere Gespräch führen. ■

■■■ Fortsetzung von Seite 15 (Wahlordnung)

7. Erstellung der Liste für die Kreistagswahl

Vorschlag:

Die Plätze 1 bis 5 werden einzeln nominiert

Die Plätze 6 bis 10 werden

in Listenwahl gewählt. Hier gilt, wie bei den GemeinderatskandidatInnen, gewählt ist in der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen. Im übrigen gelten die Punkte wie oben.

8. Nachnominierung

Für eine eventuell notwendige Nachnominierung kann kurzfristig (3 Tage) eingeladen werden.

■

Buchempfehlung

Und erinnere dich immer an mich

Gedenkbuch für die Ulmer Opfer des Holocaust

Ein Buch, das es wert ist gelesen und gewürdigt zu werden. In großer Fleißarbeit hat Ingo Bergmann, unterstützt von anderen, Namen und Schicksale von Ulmer Bürgerinnen und Bürgern dargestellt. Diese hatten vor allem eines gemeinsam: Sie gehörten der jüdischen Religion an. Und sie unterlagen daher der gemeinsamen Verfolgung durch die wahnwitzige Nazigewaltherrschaft. Ingo Bergmanns Buch gibt den Ulmer Opfern des Holocaust (vom Kind bis zum Greis) Namen und Gesichter und entreißt sie so der Anonymität des Sammelbegriffs "Ulmer Juden". Wer die abgebildeten Unterschriften betrachtet, wird den Widerwillen deutlich erkennen, mit dem die Opfer ihren "israelischen" Zwangszweitvornamen in die seither gewohnte Unterschrift einfügen mussten.

Der Verfasser, Ingo Bergmann, 30 Jahre alt, ist gebürtiger Söflinger. Er studierte in Augsburg Neuere und Neueste Geschichte und schloss mit dem Diplom ab. Er ist Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Ulm-Süd und leitet das Ulmer Bürgerbüro von Hilde Mattheis MdB.

ISBN 978-3-932577-82-6 — Preis 26,80 Euro — Im Buchhandel erhältlich.



IN EUROPÄISCHEN ZEITUNGEN GELESEN

Quelle: eurotopics@bpb.de

Die Diskussion über die Rehabilitierung des Traditionalisten und Holocaust-Leugners Richard Williamson durch den Papst verschärft sich. Die europäische Presse diskutiert den Imageverlust des Papstes und der katholischen Kirche.

+++ Helsingin Sanomat -
Finnland.

"Die moralische Kraft des Papstes der römisch-katholischen Kirche reicht viel weiter als nur bis zu den weltweit mehr als einer Milliarde Katholiken. Auf den Papst hört man, wenn es um Fragen von Krieg und Frieden, Hass und Nächstenliebe geht. ...

Benedikt wollte die Einheit der Kirche flicken, nicht den Völkermord an den Juden in Zweifel ziehen. Aber seine Entscheidung war ein Fehler. Der Führung der katholischen Kirche in den 1940er Jahren wird Gleichgültigkeit gegenüber dem Holocaust vorgeworfen. Zudem ist Benedikt ein Deutscher.

Israel und die Juden in Deutschland sind wütend über die Entscheidung des Papstes. Auch viele deutsche katholische Bischöfe haben den Papst in einer noch nie da gewesenen Art und Weise scharf kritisiert. ... Aufgabe des Papstes kann nicht nur die Verteidigung der Lehren der eigenen Kirche sein, er muss auch Sensibilität gegenüber der Menschheit im Allgemeinen und gegenüber ihrer

Vielfalt zeigen."
(04.02.2009)

+++ Corriere del Ticino - Schweiz. Die liberale Tageszeitung Corriere del Ticino äußert sich zu der vermeintlichen Absicht der Piusbrüder, Papst Benedikt XVI. von den Zielen des Zweiten Vatikanums abzubringen. Sie bezieht sich auf eine Predigt des Abbé Régis de Cacqueray-Valménier, der die Bruderschaft in Frankreich führt: "Die Predigt des Abtes sagt ohne diplomatische Filter, was die Lefebvriener vom Papst wollen: die Rückkehr zu einem vormodernen Christentum und zu einer vorkonziliaren Doktrin der Kirche. Wenn die Predigt den wahren Gedanken wiedergibt, dann sind es für die Lefebvriener nicht sie, die sich der Kirche wieder genähert haben, sondern die Kirche, die sich den Traditionalisten wieder genähert hat. Es ist nicht der Vatikan, der die vom Weg abgekommenen Brüder wieder in seinen Schoß aufgenommen hat. Es ist die Bruderschaft St. Pius X., die in ihrem Inneren die gesamte katholische Kirche, die sich in den laizistischen und progressiven Wirren des Konzils verirrt hat,

wieder aufnimmt. ... Wird es den Traditionalisten gelingen, den Papst zu bekehren, der am Anfang seiner Amtszeit die Notwendigkeit unterstrichen hat, die Erneuerung des Zweiten Vatikanischen Konzils mit aller Kraft zu bestätigen?"
(04.02.2009)

+++ De Standaard - Belgien. Die Williamson-Affäre habe dem Ruf des Papstes geschadet, schreibt der belgische Professor für katholisches Kirchenrecht Rik Torfs in seiner Kolumne in der Tageszeitung De Standaard. "Der heutige Papst ist also kein Nazi, aber ein sentimentaler Konservativer. Menschen dieser Art werden selten selbst Gaskammern installieren, aber sie sind dennoch nicht ungefährlich. [Joseph] Ratzinger ist erfüllt von Heimweh nach dem früheren Glanz der Kirche. In seinem Eifer, die Anhänger der alten Rituale wieder an Bord zu hieven, nimmt er den Kollateralschaden ohne große Probleme in Kauf. ... Die Haltung des Papstes zeigt, wie pervers scheinbar gutartiger Konservatismus sein kann. Der Konservative versucht, die Förmlichkeiten der Vergangenheit aufrecht zu erhalten, auch wenn der moralische Preis dafür unanständig hoch ist. Der schöne Schein ist wichtiger als die Moral. Indem er alte Rituale pflegt, verharmlost der Papst indirekt den Holocaust."
(05.02.2009) ■



Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit
freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse
und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

 Dienstag s-Treff öffentliche Mitgliederversammlung	
3.	Schwert Ehingen
März	Vorab 19 Uhr Vorstandssitzung 20.00 Uhr
Vorbereitung der Nominierungsveranstaltung	
<ul style="list-style-type: none"> ● Aktuelle Viertelstunde ● Aktuelles aus dem Gemeinderat Ehingen ● Aktuelles aus dem Kreistag ● Verschiedenes 	
Nächster Dienstagtreff: 07. April 2009 Gaststätte Schwert	

Öffentliche Veranstaltung	
20.	Schwanen Ehingen Schwanen- gasse
März	19.00 Uhr
■ Nominierung zur Kommunalwahl	
<ul style="list-style-type: none"> ● Begrüßung ● Wahl einer Versammlungsleitung ● Verabschiedung einer Wahlordnung (s. Seite 15; bitte mitbringen) ● Wahl einer Wahlkommission und der Vertrauensleute ● Erstellung der Gemeinderatsliste für Ehingen/Donau ● Erstellung der Kreistagsliste für den Wahlbezirk Ehingen/D. ● Zwischen den Wahlgängen: Beratung über kommunal- politische Schwerpunkte ● Verschiedenes 	
Hinweis: Auch noch in der Sitzung kann die Bereitschaft zu einer Kandida- tur erklärt werden! (Auch Nichtmitglie- der). ■	

REGIO-SPD Öffentliche Veranstaltung	
15.	X-Lounge Xinedome Ulm
März	11.00 Uhr
■ Prof. Dr. Jürgen Meyer: Aktuelle Situation der Europäischen Union und deren Zukunftsperspektiven (mit anschließender Diskussion)	
Wir sollten dem Europagedanken <u>und</u> unserem Jürgen die Ehre antun ...	

Hinweis:
Freitag, 24. April, Jahreshaupt-
versammlung des Ortsvereins
mit Wahlen